

Mit diesem Beitrag schließt UZ die Serie von G. Schachnasarow zu Problemen der friedlichen Koexistenz und des Klassenkampfes ab (die Teile 1 bis 4 erschienen am 10. 9., 17. 9., 24. 9. und 1. 10. 1976), die wir der „Presse der Sowjetunion“ Nr. 3/76 entnahmen. Mit dem heutigen letzten Teil wird vor allem für aktuelle politisch-ideologische Fragen eine Argumentationshilfe gegeben.



Friedliche Koexistenz und sozialer Fortschritt

Von G. Schachnasarow

Natürlich sind die Barden des Antikommunismus am allerwenigsten an einem Fortschritt im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit interessiert. Mehr noch, wenn es nach ihnen ginge, so würden sie diese ganz und gar unterbinden, denn sie betrachten die Tünze des Berjoska- und des Molassejew-Ensembles als ein Mittel der Propaganda. Aus diesem Grunde meiden die Sender „Liberty“ und „Prolex Europa“ sowie die Kommentatoren, die in anderen Massenmedien tätig sind, das Thema des kulturellen Austauschs. Statt dessen wiederholen sie stur, tagen, tagaus, wiederholen sie stur, tagen, tagaus, die sozialistischen Länder ihre „Julen Absichten“ durch die Liberalisierung ihres Regimes demonstrieren müssten.

Was wird eigentlich unter Liberalisierung verstanden? Meistens stehen zwei Dinge im Vordergrund: Erstens die „Erweiterung“ der Menschenrechte und zweitens die Einschränkung des „Pluralismus“ im politischen System.

Es ist vollkommen natürlich, daß diese Ansichten von den sozialistischen Ländern zurückgewiesen werden. Dabei geht es nicht darum, daß die Kommunisten etwa gegen die Erweiterung der Bürgerrechte sind, wie das die bürgerliche Propaganda glauben machen will. Im Gegenteil, in jeder Etappe der sozialistischen Entwicklung werden die sozialen und politischen Rechte der Bürger unserer Gesellschaft erweitert und mit immer reicheren Inhalt erfüllt.

In den sozialistischen Ländern verbessern sich ständig die Bedingungen für die Teilnahme der Bürger an Staatsangelegenheiten und an der Leitung der Produktion, werden ständig die Gesetzgebung sowie das System der Volksvertretung und andere demokratische Institutionen vervollkommen. Die Entspannung und die günstigen internationalen

Bedingungen sind dabei zusätzliche Faktoren, die die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie in ihrer natürlichen Bewegung zu den Idealen der kommunistischen gesellschaftlichen Selbstverwaltung begünstigen.

Es steht außer Frage, wenn es keine antagonistischen Klassen mehr gibt, stimmen die Grundinteressen der Werktätigen unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit überein. Gerade darauf basiert eine der größten Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft, nämlich die sozialpolitische und die ideologische Einheit des Volkes. Eine derartige Einheit gibt es und kann es im Kapitalismus nicht geben. Deshalb ist auch in den Ländern des Westens der „Pluralismus“ der einander bekämpfenden politischen Tendenzen und Kräfte eine so aktuelle Frage.

Es versteht sich, daß im Sozialismus eine gewisse soziale und berufliche Differenzierung besteht. Unsere kommunistische Partei und der Sowjetstaat, die den allgemeinen Grundinteressen aller Werktätigen Rechnung tragen, berücksichtigen die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Bevölkerungsschichten und bringen sie in ihrer Politik ständig miteinander in Einklang. Sie läßt haben direkte Möglichkeiten, um ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und zu verwirklichen. Gemeint sind die Gewerkschaften, der Komsomol, verschiedenartige Gesellschaften, Künstlerverbände usw. Das ganze weitverzweigte Netz der gesellschaftlichen Organisationen hat die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur sozialistischen Entwicklung zu leisten sowie die Befriedigung der Bedürfnisse einzelner Schichten der Gesellschaft insgesamt anzustreben. Die Einheit der Gesellschaft insgesamt anzustreben. Die Einheit und Geschlossenheit aller Klassen und sozialen Gruppen, aller Nationen und Völkerschaften der UdSSR und

die Kommunistische Partei, die das uneingeschränkte Vertrauen des ganzen Volkes genießt, ist eine unumstößliche, durch historische Erfahrungen geprüfte Tatsache. Sie findet ihren markanten Ausdruck in dem neuen mächtigen Aufschwung der politischen und der Arbeitsaktivität der Massen an der Schwelle des XXV. Parteitag der KPdSU.

Wir weisen kategorisch die Forderungen nach „Liberalisierung“ des Regimes zurück, weil – wenn es um die Menschenrechte und um den „Pluralismus“ des politischen Systems geht – man uns diese Begriffe in ihrer bürgerlichen Auslegung aufzuzwingen versucht.

Und der springende Punkt ist eben, daß der „Pluralismus“, wegen dessen Fehlen im Sozialismus unsere Kritiker lamentieren, von ihnen nicht als Ausdruck der übereinstimmenden Interessen verschiedener Schichten der Gesellschaft, sondern als eine Möglichkeit ihrer Spaltung und der Bildung einer politischen Opposition, die die revolutionären Errungenschaften der Werktätigen in Frage stellt, als Entfesselung eines „freien Spiels“ politischer Kräfte, darunter auch antisozialistischer, verstanden wird.

Diejenigen, die von Westen aus die Erweiterung der Menschenrechte im Sozialismus fordern, scheuen sich keinen Deut um die Interessen einer freien und allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit, um die Möglichkeiten, einen Beruf zu wählen, zu lernen, sich Wissen anzueignen, in schöpferischer und staatsbürgerlicher Hinsicht zu wachsen, seine sozial durchdrachte Meinung zu äußern und konstruktiv an den Staatsangelegenheiten teilzunehmen. Nein, nach Auffassung dieser Leute sind die Menschenrechte nur notwendig, um Aktionen gegen die sozialistische Ordnung zu gewährleisten. Gerade deshalb lobhudelt die imperialistische Propaganda seit Jahren die

Worte und Taten ein und derselben Renegaten, die gegen das Volk auftraten.

Folgende Frage ergibt sich: Begehren diejenigen, die eine „Bezahlung“ für die Entspannung fordern, eigentlich, daß diese Forderungen absurd sind? Die Arbeiterklasse, die Völker der sozialistischen Länder vermochten ihre revolutionären Errungenschaften schon zu verteidigen, als sie noch relativ schwach waren, sie werden doch jetzt nicht, da sie über alle Mittel für ihren Schutz verfügen, auf sie verzichten.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß hinter den Ausfällen der uns übelgesonnenen Kritiker eine ganz bestimmte Absicht steckt, nämlich die Vertiefung der Entspannung zu hintertreiben und gleichzeitig die Verantwortung der sozialistischen Länder in die Schube zu schieben. Allein schon die Form der Tarnung, die für die Erreichung derartiger Ziele gewählt wird, ist bezeichnend: Die Ausbeuterklasse, die ihre Existenz auf Unterdrückung der Demokratie und der Rechte der Werktätigen aufbaut und sie von den sozialen Gütern wegdreht, gefällt sich gleichzeitig in der Rolle eines Freiheitspostels.

Es ist völlig klar: Wenn die sozialistischen Länder als eine Bedingung für die Entspannung die Forderung stellen würden, die soziale Frage im Kapitalismus zu lösen, eine hohe Gegenrechnung präsentieren würden. Denn es ist Tatsache, daß in der kapitalistischen Welt nach wie vor in vollem Maße die schändlichsten Charakterzüge einer Ausbeuterordnung fortbestehen – Ausbeutung der Arbeit, verschiedene Formen des faschistischen und rassistischen Dunkelmännertums, Verfolgung der freien Meinungsäußerung, Diskriminierung aus politischen Motiven.

Bezeichnend ist, daß die „Kämp-

fer“ für politische Freiheiten für die Bürger der sozialistischen Länder gleichzeitig Unterdrücker derselben Rechte und Freiheiten der Bürger ihrer eigenen Länder sind. Bekannt sind die ständigen Verfügungen von Kommunisten und Demokraten in den kapitalistischen Staaten unter Anwendung der verschiedenen Methoden – von falschen Anschuldigungen, gegen die Gesetze verstoßen zu haben und Anschläge auf die verfassungsmäßige Ordnung zu planen, bis hin zu Beschränkungen bei der Tätigkeit im Staatsdienst und zur Heraubung von Arbeitsmöglichkeiten usw. Erst vor kurzem entfesselte man eine neue antikommunistische Kampagne in der BRD. Die Reaktion und ihre Presse betreiben sich erneut hartnäckig, die Partei der Arbeiterklasse außerhalb des Gesetzes zu stellen. Die Zeitung „Bonner Rundschau“ fordert, den „Radikalen“ die Möglichkeit zu nehmen, in staatlichen Institutionen zu arbeiten.

Wie lassen sich derart widersprüchliche Positionen vereinbaren? In den meisten Fällen überhaupt nicht, das heißt nach der „Logik“, wo die rechte Hand nicht wissen will, was die linke tut. Es gibt jedoch auch Versuche, eine Art theoretische Begründung für diesen Widerspruch zu geben. Sie läuft darauf hinaus, daß alle, die aus verschiedenen Gründen gegen die kapitalistische Ordnung auftraten, einfach zu „Agenten Moskaus“ erklärt werden. Nach dieser Konzeption sind also fünf Millionen Franzosen, fast ein Millionen Italiener sowie Hunderttausende Personen aller Nationalitäten, die im Westen ihre Stimmen den Kommunisten gaben, gewissermaßen weder Franzosen noch Italiener, mit einem Wort, nicht Bürger ihrer Länder. Es zeigt sich, daß weder die politischen Rechte noch der berichtigte „Pluralismus“ für sie gelten.

Nicht das erstmal werden wir mit Versuchen konfrontiert, alle Anhänger der Demokratie und des Sozialismus zu „Agenten Moskaus“ abzustempeln. Diesmal scheint aber diese Version ein Doppelziel zu verfolgen: unter dem Vorwand der Entspannung die demokratische fortschrittliche Bewegung in den kapitalistischen Ländern zu unterdrücken und unter dem Vorwand des Schutzes vor der „ideologischen Aggression“ des Weltkommunismus die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zu verhindern.

Kompliziert und bizarr ist die Dialektik der heutigen Welt. Sie ist durch die Verflechtung der Prozesse gekennzeichnet, die sich in ihr abspielen, im gegebenen Falle des Entspannungsprozesses mit den inneren Prozessen in den Ländern verschiedener Systeme. Die Kommunisten sind überzeugt, daß das Schicksal des Kapitalismus vom Einfluß der eigenen inneren Widersprüche bestimmt wird. Die Aufgaben der Verwandlung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische werden die Arbeiterklasse, die Völker lösen, die das heilige Recht haben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Sicher ist auch, daß sich der Sozialismus weiterentwickeln wird, indem er die ihm innewohnenden Vorzüge, darunter auch die der sozialistischen Demokratie, immer stärker entfaltet. Und es wird niemandem erlaubt werden, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder einzumischen, und erst recht nicht, ihnen Ratspiele für die Lösung sozialer Probleme, die der neuen Ordnung völlig fremd sind, aufzuzwingen.

Die Entspannung fördert den sozialen Fortschritt und den soziale Fortschritt die Entspannung. Die Bewegung zum Frieden von verschiedenen und von vornherein unannehmbaren Forderungen abhängig machen, können nur diejenigen, die weder Entspannung noch sozialen Fortschritt wollen. Allein durch ihre Aktionen in diesem Geiste vertrat sie ihre feindselige Einstellung gegenüber den Interessen der Völker, dem Frieden, der Freiheit und dem Humanismus. Derartige Aktionen können den objektiven Gang der Geschichte nicht verändern. Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung fordern unerbitlich ihr Recht, und sie sind letztlich entscheidend.

W. I. Lenin Über die Politik der friedlichen Koexistenz

Eine Auswahl/Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/Aus dem Russischen

Diets Verlag Berlin, 1976. Etwa 200 Seiten, Leinen, 2,50 Mark. Best.-Nr.: 736 597 1

Der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebene Sammelband enthält eine Auswahl von Arbeiten W. I. Lenins zu Grundfragen der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung, als eines grundlegenden Bestandteils sozialistischer Außenpolitik. Sie geben dem Leser einen tiefen Einblick, wie W. I. Lenin mit revolutionärer Konsequenz die Politik der friedlichen Koexistenz wissenschaftlich begründete und bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht ideologisch um ihre praktische Verwirklichung kämpfte.

Umfassendes Wissen vermittelt dieser Band über die von W. I. Lenin begründeten Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz und ihres wechselseitigen Zusammenhangs. Anschaulich wird gezeigt, wie W. I. Lenin auf der Grundlage der von ihm entdeckten Gesetzmäßigkeit von der unerschütterlichen ökonomischen und politischen Entwicklung des Imperialismus und der von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution allseitig bestätigten Erkenntnis, daß der Sieg des Sozialismus in

wenigen oder in einem Lande möglich ist, den Nachweis erbringt, wonach der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine ganze historische Epoche umfaßt und das zeitweilige Nebeneinanderbestehen von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung unvermeidlich ist. Die Arbeiten Lenins veranschaulichen: Nur der Marxismus-Leninismus gibt die richtige Antwort auf die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gestalten sollen und müssen.

In Auseinandersetzung mit „linken“ und rechten opportunistischen Auffassungen weist W. I. Lenin nach, daß die Politik der friedlichen Koexistenz eine Form des Klassenkampfes ist. Mit dieser Politik werden, so schreibt W. I. Lenin, „unserem Einfluß hundertmal mehr und bessere Möglichkeiten“ für den Sieg über den Kapitalismus eröffnet. Darum ist der Kampf um den Frieden eine zu tiefst humanistische und zugleich revolutionäre Aufgabe.

Die Arbeiten Lenins sind angesichts der großen Aktualität dieser Thematik eine Anleitung zum Handeln bei der Verwirklichung der vom IX. Parteitag der SED beschlossenen außenpolitischen Ziele im Kampf für Frieden, Sicherheit und die freie Entwicklung aller Völker.

W. Schmidt

Erich Honecker
Reden und Aufsätze,
Band 3

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Diets Verlag Berlin 1976, 522 Sel-



ten, mit 17 Bildern, Leinen, 8,50 M. Best.-Nr. 736 613 0

Der Band enthält Arbeiten aus der Zeit von Mai 1974 bis September 1975. Er verdeutlicht ebenso wie die beiden bereits erschienenen Bände die Anstrengungen und Erfolge der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes der DDR unter der zielklaren Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages. Besonderen Ausdruck findet das vor allem in der eindrucksvollen Bilanz anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der DDR sowie den Reden, in denen Probleme der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR behandelt werden.

Fundament aller Erfolge und Perspektiven der sozialistischen Demokratischen Republik ist das unverrückliche Bündnis mit der Sowjetunion – diese Grundeckkenntnis bildet den Leitgedanken, der im vorliegenden Band enthaltenen Reden und Aufsätze Erich Honeckers.

Jürgen Schuster Parlamentarismus in der BRD

Rolle und Funktionen des Bundestages bei der politischen Macht- ausübung des Imperialismus

Herausgeber: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Diets Verlag Berlin, 1976, 192 Seiten, Broschur, 2,50 Mark. Best.-Nr.: 736 624 5

Auf dem IX. Parteitag der SED wurde festgestellt, daß die wachsende politische Instabilität der Monopolherrschaft und ihrer Regierungen einhergeht mit dem zunehmenden Niedergang der bürgerlichen Demokratie und dabei gerade jene Kräfte, die den sozialistischen Staaten Lehren über Demokratie erteilen wollen, in ihren eigenen Ländern als Vorreiter des Abbaus der Demokratie auftreten.

Am Beispiel des Bonner Bundestags, dieser spezifischen Institution des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der BRD, zeigt der Autor der vorliegenden Broschüre, wie dieser Abbau vor sich geht. Kronzeugen der Beweisführung sind dabei sowohl führende Politiker der BRD als auch Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftler und Publizisten, die diese Tendenz – ungeachtet ihrer antikommunistischen Position – bestätigen. Der Leser erfährt, wie es um das „freie“ Abgeordnetenmandat bestellt ist, wozu die Monopolbourgeoisie die „staatshaltende Opposition“ braucht, warum angeblich nur „Experten“ die parlamentarischen Belange wahrnehmen können, weshalb die Bundes-

tagsitzungen meist in einem recht leeren Plenarsaal stattfinden und vieles andere.

Die Arbeit umfaßt vier Kapitel. Kapitel I verfolgt die Traditionslinien des Bundestages der BRD bis ins wilhelminische Kaiserreich; Kapitel II zeigt die Entwicklungstendenzen des Bonner Parlamentarismus; Kapitel III deckt auf, wie die Beschlüsse des Bundestages zustande kommen; Kapitel IV schließlich weist nach, in welcher Weise der Bundestag im Verein mit den Massenmedien zur geistigen Manipulation der Bevölkerung dient. Am Ende dieser Untersuchung steht die mit vielen Beispielen und Argumenten erhaltene Erkenntnis: Der einzige, der im System des bürgerlichen Parlamentarismus in der BRD keine Rolle spielt, ist der Wähler, das heißt das Volk, von dem laut Verfassung angeblich „alle Macht“ ausgehen soll.

G. Schütz

S. A. Tokarew Die Religion in der Geschichte der Völker

Aus dem Russischen/Diets Verlag Berlin, 1976, 2. überarb. Auflage, 736 Seiten, 245 Abbildungen, Leinen 14,50 Mark, Best.-Nr.: 735 610 7

Wie erklärt sich die Entstehung der Religion in der frühesten Geschichte der Menschheit? Welche Entwicklung hat sie in den Jahrtausenden durchgemacht?

Auf diese allgemein interessierenden Fragen gibt der sowjetische

Äthnologe S. A. Tokarew in seiner umfangreichen Überblicksarbeit eine wissenschaftlich fundierte Antwort. Dabei wertet er die Erkenntnisse der seit der Antike entwickelten Religionswissenschaft, setzt sich mit einseitigen oder vereinfachenden Ansichten und Theorien über Ursprung, Entwicklung und Perspektive der Religion auseinander und untersucht auf der Grundlage der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus das Wesen der Religion im Zusammenhang mit dem materiellen Leben der Menschen, mit ihrem Erkenntnisstand von Natur und Gesellschaft.

Dadurch, daß der Autor versteht, die dialektische Wechselwirkung zwischen der Entwicklung des materiellen Seins der Menschen und ihrer Weltanschauung, ihren Rechts- und Moralauffassungen in der Geschichte zu verdeutlichen, findet die Religion als verzerrte Widerspiegelung der wirklichen Welt im Denken der Menschen eine überzeugende Erklärung, werden historische Hintergründe und Zusammenhang der religiösen Riten, Bräuche, Kulte und der Bildung konfessioneller Institutionen erhell.

Das reiche historische Tatsachen- und Faktenmaterial sowie die über 200 Illustrationen machen die Arbeit zu einer Quelle interessanter Informationen. Das Buch ist dadurch für alle an der Kulturgeschichte der Menschheit, an der Religionswissenschaft interessierten Leser, für Propagandisten und besonders auch für junge Menschen eine aufschlußreiche Lektüre.

W. Weigmann